Die Wiederaufnahme des Strafverfahrens in den europäischen Gesetzen der Gegenwart.

Von Professor Dr. J. Rosenblatt, Krakau.

Es ist eine sehr interessante und bemerkenswerte Tatsache, daß gerade in den letzten 10 Jahren in den meisten europäischen Ländern das Bedürfnis entstanden ist, die gesetzlichen Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens (in den romanischen Gesetzgebungen allgemein „Revision“ genannt) zu reformieren und zwar überall zugunsten des Verurteilten zum Zwecke der Erleichterung der Revision des rechtskräftig durchgeführten Strafverfahrens und zum Zwecke der Ermöglichung einer Befreiung des schuldlos oder ohne hinreichende Beweise Verurteilten.

So reformiert Frankreich seine Gesetzgebung über die Revision im Strafverfahren durch eine Novelle vom 8. Juni 1895; Belgien durch das Gesetz vom 18. Juni 1894; Portugal durch eine Novelle vom 3. April 1896; Holland durch eine Novelle vom 14. Juli 1899; Spanien durch eine Novelle vom 7. August 1899; der Schweizer Kanton Genf durch eine Novelle vom 26. Mai 1897; Ungarn durch die neue Strafprozeßordnung vom Jahre 1896 (sanctioniert am 4. Dezember, kundgemacht am 22. Dezember 1896); Norwegen durch die neue Strafprozeßordnung vom 1. Juli 1887; endlich Dänemark durch den dem gesetzgebenden Körper vorgelegten Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung.

Ebenso sind in den letzten 15 Jahren fast gleichzeitig in verschiedenen Ländern Europas Gesetze erlassen worden über die Entschädigung unschuldig resp. ungerechtfertigt Verurteilter; so in Österreich das Gesetz vom 16. März 1892; in Frankreich die Novelle vom 8. Juni 1895; in Deutschland das Gesetz vom 20. Mai 1898; in Schweden das Gesetz vom 12. März 1886, endlich in Dänemark das Gesetz vom 5. April 1888.

Ferner enthalten die meisten der oben genannten neueren Strafprozeßordnungen resp. Novellen über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens auch Bestimmungen über die Entschädigung ungerecht Verurteilter.

Eine vergleichende Übersicht obiger Gesetze ist also nicht nur für den Kriminalisten von Interesse, sondern sie hat auch für den Kulturforscher vom allgemeinen Standpunkte Bedeutung. Sie ist ein gewisses *signum temporis* und ein indirektes Geständnis, daß die Gefahr ungerechtfertigter Schuldsprüche im Wachsen begriffen ist und nicht mehr so leicht genommen werden darf, wie bisher.

Die erwähnten Gesetze über die Wiederaufnahme sind mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Stellungnahme zum Rechtsmittel der Wiederaufnahme im Strafverfahren in 2 Gruppen zu teilen, und zwar in solche, denen die französische Strafprozeßordnung (*code d'instr. criminelle* vom Jahre 1808) zum Muster gedient hat, und in solche, welche sich an deutsches Recht anlehnen.

Der prinzipielle Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen besteht vor allem darin, daß das französische Recht eine Revision des Strafverfahrens zu Ungunsten des Freigesprochenen nicht kennt und in keinem Falle zuläßt (selbst dann nicht, wenn er nach dem Freispruche ein Geständnis der Schuld ablegt), während die deutschen Strafprozeßgesetze auch zu Ungunsten des Freigesprochenen die Wiederaufnahme des Strafverfahrens unter bestimmten Bedingungen zulassen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den romanischen und germanischen Strafprozeßgesetzen besteht darin, daß das französische Recht die Revisionsgründe spezialisiert, was die Gefahr einer zu engen Anwendung der Revision in sich birgt, während die deutschen Gesetze die Wiederaufnahmsgründe verallgemeinern und hierdurch erweitern.

Zu den einzelnen Gesetzgebungen übergehend bemerken wir folgendes:

I. Im französischen Recht ist das Rechtsmittel der Revision gegenwärtig im Grunde der Novellen vom 29. Juni 1867 und vom 8. Juni 1895 normiert wie folgt:

Die Revision ist nur gegen einen Schuldspruch zulässig. Ein freisprechendes Urteil unterliegt keiner Revision.

Revisionsgründe sind:

1. wenn nach einer Verurteilung wegen Mordes oder Totschlages Beweise vorgebracht werden, welche imstande sind, den Nachweis zu erbringen, daß das angeblich getötete Opfer lebt;
2. wenn nach einer Verurteilung wegen Verbrechens durch ein neues Urteil eine andere Person wegen derselben Tat verurteilt wird, und diese beiden Urteile unvereinbar sind, so, daß aus dem Widerspruch derselben die Schuldblosigkeit einer der verurteilten Personen erhellt;
3. wenn nach der Verurteilung des Angeklagten einer der in der Sache abgehörten Zeugen wegen falschen, gegen den Beschuldigten abgelegten, Zeugnisses verfolgt und verurteilt wird;
4. — (neu eingeführt durch die Novelle vom 8. Juni 1895) — wenn nach der Verurteilung sich eine Tatsache ereignet, oder zum Vorschein kommt, oder solche während der früheren Verhandlung nicht bekannte Beweise vorgebracht werden, welche geeignet sind, die Schuldblosigkeit des Verurteilten festzustellen.

Das Recht, die Revision zu verlangen, steht in den drei ersten Fällen nicht nur dem Justizminister zu, sondern auch a) dem Verurteilten und seinem gesetzlichen Vertreter; b) nach dem Tode des Verurteilten: seinem Ehegatten, seinen Kindern, Eltern, seinem Universalerben, sowie endlich demjenigen, dem der Verstorbene die Pflicht auferlegt hat, die Revision zu verlangen.

In dem neuen vierten Revisionsfall wird das Recht, die Revision zu verlangen, dem Justizminister vorbehalten, welcher zu diesem Zwecke ein Gutachten einzuholen hat von einer Kommission, bestehend aus den Direktoren des Justizministeriums und 3 Räten des Kassationshofes. Dem Verurteilten steht im Falle, wenn er zu Folge der Revision freigesprochen wird, das Recht zu, Schadenersatz von der Staatskasse zu beanspruchen.

Der Schadenersatz ist ihm im freisprechenden Urteile zuzuerkennen. Im Falle wenn der zu Folge Revision Freigesprochene inzwischen verstorben wäre, steht der Anspruch auf Schadenersatz seinem Ehegatten, sowie den Deszendenten und Aszendenten des Freigesprochenen zu.

II. Auf französischem Recht basierte Gesetzgebungen.

Dem französischen Recht am nächsten stehen die rumänische und die italienische Strafprozeßordnung.

Die Strafprozeßordnung Rumäniens vom 2. Dezember 1864 enthält in den Artikeln 445 bis 450 eine fast wörtliche Wiederholung der Bestimmungen der Art. 443—448 des französischen code d'instr. crim. Diese Bestimmungen gelten in Rumänien bis heute ohne diejenigen Änderungen, welche in Frankreich durch die Novellen von 1867 und 1895 herbeigeführt worden sind.

Ein Gesetz über die Entschädigung ungerecht Verurteilter existiert nicht.

Die italienische (ursprünglich nur toskanische) Strafprozeßordnung vom 26. November 1865 enthält in den §§ 688 bis 694 folgende Bestimmungen über das Rechtsmittel der Revision:

Die Revision kann verlangt werden:

1. im Falle Widerspruches zweier verurteilender Erkenntnisse (wie im französischen code d'inst. cr.);
2. im Falle wenn die Person, wegen derer Tötung Jemand verurteilt worden ist, lebt;
3. im Falle durch ein verurteilendes Erkenntnis nachgewiesener Falschheit der im ersten Prozesse produzierten Beweise.

Über die Revision entscheidet der Kassationshof über Begehren des Justizministers, welcher die Revision entweder von Amtswegen, oder über Verlangen des Verurteilten, oder auch über Antrag des Staatsanwaltes verlangen kann.

Sollte der unschuldig Verurteilte gestorben sein, so hat der Kassationshof für ihn einen Kurator zu bestellen und das Geschworenengericht kann, falls sich die Schuldblosigkeit des Verurteilten ergibt, sein Andenken rehabilitieren.

In diesem Falle sind die Erben des Rehabilitierten berechtigt, ihre Entschädigungsansprüche gegen diejenigen Personen geltend zu machen, welche Schuld an der Sache tragen.

Ein Gesetz über die Entschädigung des ungerecht Verurteilten aus der Staatskasse existiert nicht.

An das französische Recht lehnt sich ferner an die belgische Strafprozeßordnung vom 18. Juni 1894. Auch sie kennt eine Revision nur zugunsten des Verurteilten. Dieselbe ist aber zulässig nicht nur um die Freisprechung eines Verurteilten zu erwirken, sondern auch zu dem Zwecke, um die Anwendung eines milderen Straffazes herbeizuführen.

Die Revision ist ferner auch in denjenigen Fällen zulässig, in denen eine bedingte Verurteilung („*condamnation conditionnelle*“) erfolgte.

Revisionsgründe sind: nicht nur ein Widerspruch zwischen zwei Schuldsprüchen und die Verurteilung eines Zeugen wegen falschen Zeugnisses, sondern auch: ein neu zum Vorschein kommender Umstand, welcher die Schuldblosigkeit des Verurteilten beweist. In diesem letzteren Falle muß jedoch der Revisionsantrag von 3 Rechtsanwälten unterfertigt sein, welche mindestens seit 10 Jahren beim Kassationshof oder bei einem Appellationsgericht zur Praxis zugelassen sind.

Wenn sich der Revisionsantrag auf die Verurteilung eines Zeugen wegen falschen Zeugnisses stützt, so muß derselbe in der Präklusivfrist von 5 Jahren vom Tage der Rechtskraft dieses Urteiles eingebracht werden.

Über die Zulässigkeit der Revision entscheidet ebenso wie nach französischem Recht der Kassationshof, jedoch steht dem Verurteilten das Recht zu, sich unmittelbar selbst an den Kassationshof mit dem Revisionsbegehren zu wenden, ohne die Vermittelung des Justizministers in Anspruch nehmen zu müssen.

Eine Entschädigung aus der Staatskasse gebührt im Falle eines zu Folge der Wiederaufnahme erfolgten Freispruches unbedingt. Im Falle einer Verurteilung zu einer gelinderen Strafe, als es die verbüßte gewesen ist, kann eine Entschädigung zuerkannt werden.

Sie wird nicht vom Gerichte, sondern von der Regierung bestimmt.

In Portugal gilt das Revisionsgesetz vom 3. April 1896. Den bereits in den früheren Gesetzen bekannten vier Revisionsgründen (1. zwei widersprechende Urteile; 2. zwei widersprechende Anklagen; 3. Verurteilung eines Zeugen wegen Meines in der früheren Verhandlung; 4. Bestechung eines Geschworenen) wurde der allgemeine Revisionsgrund ob nova d. i. die Zulässigkeit der Wiederaufnahme wegen neuer Tatumstände überhaupt zugefügt.

Die Revision ist nur zugunsten des Verurteilten zulässig. Über deren Zulässigkeit entscheidet der Kassationshof über Antrag des Verurteilten oder auch der Staatsanwaltschaft (welche im Interesse des Verurteilten die Revision beantragen kann). Wenn

der Kassationshof zu Folge Revision das frühere Urteil kassiert, so hat er zur Durchführung des wiederaufgenommenen Strafverfahrens einen anderen (von dem Gerichtshofe, welcher das erste Urteil gefällt hat, verschiedenen) Gerichtshof zu delegieren. Im Falle eines Freispruches ist dem Freigesprochenen eine Entschädigung für den durch den Vollzug der Strafe verursachten Schaden zuzusprechen. Es gebührt somit keine Entschädigung, wenn die Strafe nicht vollzogen worden ist.

Die Revision ist auch nach dem Tode des Verurteilten zulässig über Antrag der Ascendenten und Descendenten, des Ehegatten und der Brüder des Verurteilten.

Das erwähnte Gesetz für Portugal enthält schließlich eine eigentümliche, anderen Gesetzgebungen unbekannte Bestimmung, daß im Falle einer neuerlichen (wiederholten) Verurteilung des Revisionsbewerbers (nach bewilligter Revision) wegen derselben Tat, eine nochmalige Revision nur über Antrag des Generalprokurators (zugunsten des Verurteilten) zugelassen werden könne.

Die Strafprozeßnovelle betr. die Revision für Holland vom 14. Juli 1899 kennt ebenfalls nur eine Revision zugunsten des Verurteilten und zwar sowohl zum Zwecke der Herbeiführung eines vollständigen Freispruches wie auch zum Zwecke der Anwendung eines gelinderen Straffazes.

Die Revision ist zulässig aufgrund neuer dem Richter, welcher das Urteil gefällt hat, unbekannter Umstände, welche für sich oder in Verbindung mit früheren Beweisen gegründete Bedenken gegen die Richtigkeit des Urteiles begründen, wie auch im Falle, wenn zwei mit einander widersprechende Schuldsprüche vorliegen.

Über die Zulassung der Revision entscheidet der Hohe Rat (oberste Gerichtshof) und zwar nach Durchführung einer kontradiktorischen mündlichen Verhandlung.

Ein Gesetz über die Entschädigung unschuldiger Verurteilter besteht in Holland nicht.

In Spanien ist die Revision („el recurso de revision“) geregelt durch das Gesetz vom 7. August 1899, mit welchem die Bestimmung des § 954 der spanischen Strafprozeßordnung ergänzt und reformiert worden ist.

Die Revision ist nur zugunsten des Verurteilten zulässig und zwar aus den bekannten drei Revisions-Gründen des französischen Rechtes d. i. wegen Unvereinbarkeit von zwei verurteilenden Erkennt-

nissen, im Falle des Nachweises, daß die angeblich getötete Person lebt, und im Falle wenn die Verurteilung auf Grund einer falschen Urkunde erfolgt war.

Die Novelle vom 7. August 1899 erweitert den erwähnten dritten Revisionsfall dahin, daß die Revision zuzulassen sei, sobald durch Urteil nachgewiesen wird, daß entweder eine bei der früheren Verhandlung produzierte Urkunde, oder eine Zeugenaussage falsch war, oder der Angeklagte zum Geständnis gezwungen worden ist u. dgl. Eine Entschädigung für die ungerechtfertigte Verurteilung können sowohl der Verurteilte wie eventuell seine Erben im Falle des zu Folge Revision erfolgten Freispruches von der Staatskasse beanspruchen.

Von den neueren Revisionsgesetzen, welche sich an das französische Recht anlehnen, wäre schließlich noch das Genfer Gesetz vom 26. Mai 1897 zu erwähnen, welches neben den allgemeinen drei Revisionsgründen (1. wenn sich nach Fällung des verurteilenden Erkenntnisses erweist, daß ein oder mehrere Zeugen im Hauptprozeß falsch ausgesagt haben; 2. wenn zwei wegen derselben Tat verurteilende Erkenntnisse mit einander widersprechend sind; 3. wenn nach der Verurteilung Beweise der Schuldlosigkeit zum Vorschein kommen — noch einen interessanten vierten Revisionsgrund statuiert, wenn nämlich zu Folge Irrtumes dem Verurteilten der Zivilstand (Vor- und Zuname) einer anderen Person beigelegt worden ist und zu Folge dessen diese Person als wegen einer strafbaren Handlung verurteilt erscheint, welche sie gar nicht begangen hat.

Dieser letztere, den anderen Strafprozeßgesetzen sonst unbekannte und ganz eigentümliche Revisionsfall ist beschlossen worden zu Folge einer in Genf berühmten Angelegenheit eines gewissen François Bérard, welche den Genfer Gerichten und Behörden viel Kopfzerbrechens verursachte und mit der man sich nicht anders helfen konnte als durch Beschließung eines besonderen Revisionsgrundes.

Unter dem fälschlich angenommenen Namen François Bérard ist nämlich ein Individuum, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, im Jahre 1883 zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe und zu einer dreijährigen Verbannung aus dem Territorium des Genfer Kantons verurteilt worden.

Der wirkliche François Bérard, welchem obige amtlich veröffentlichte Tatsache bei seiner Bewerbung um eine Anstellung wiederholt schadete, verlangte unter Nachweis, daß er mit dem Ver-

urteilten nicht identisch sei, die Nichtigstellung der amtlichen Register resp. die Annullierung des obigen Urteiles.

Die Genfer Behörden erkannten aber, daß die derzeit geltenden Gesetze keine Handhabe bieten, um obigem Begehren Folge leisten zu können und dies führte die Reform der Bestimmungen über die Revision und insbesondere den oben angeführten vierten Revisionsfall herbei.¹⁾

Der Gruppe der auf französischem Vorbild beruhenden Gesetze ist schließlich noch beizuzählen die russische und die bulgarische Strafprozeßordnung.

Die russische Strafprozeßordnung vom 20. November 1864 kennt nur eine Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten und zwar — anlehnd an das französische Recht — aus folgenden Gründen:

1. wenn mit verschiedenen Urteilen mehrere Personen wegen eines bestimmten Verbrechens in einer Weise verurteilt worden sind, daß die Vollführung des Verbrechens durch die eine dieser Personen die Unmöglichkeit der Begehung durch die andere beweist;
2. wenn Jemand wegen Tötung eines Menschen verurteilt worden ist und es sich späterhin herausstellt, daß dieser letztere lebt, oder wenn überhaupt die Verurteilung wegen eines Verbrechens erfolgte, welches, wie es sich nachträglich herausstellt, gar nicht begangen worden ist, endlich, wenn überhaupt Beweise entdeckt wurden, daß der Verurteilte schuldlos sei oder daß er zu Folge Irrtum des Gerichtes schwerer verurteilt worden ist, als es sich für die Tat, die er begangen hat, gebührte;
3. wenn entdeckt worden ist, daß Dokumente gefälscht worden sind, oder daß Aussagen, auf welchen das Urteil beruhte, falsch waren;
4. wenn gerichtlich nachgewiesen wurde, daß der Richter, welcher in der Sache tätig war, sich durch Eigennutz oder sonstige subjektive Motive leiten ließ.

Die Eingabe um Revision ist beim Kassations-Departement des Senates in Petersburg (die oberste Instanz in Rußland) ein-

¹⁾ Siehe Robert Fazy: De la révision en matière pénale. Genève 1899 S. 177—190.

zubringen, welches sie untersucht und falls es sie für begründet erachtet, an das zuständige Gericht zur weiteren Amtshandlung leitet.

Die Wiederaufnahme kann auch nach dem Tode des unschuldig Verurteilten stattfinden, in welchem Falle dieselbe der von der Familie des Verurteilten oder vom Gerichte bestellte Verteidiger zu vertreten hat.

Ein Gesetz über die Entschädigung ungerecht Verurteilter existiert in Rußland nicht.

Eine wörtliche Wiederholung obiger Bestimmungen der russischen Strafprozeßordnung enthält die neue Strafprozeßordnung für das Fürstentum Bulgarien vom 3. April 1897 (§§ 587 bis 593).

Die russische Strafprozeßordnung hat demnach, wie aus dem Obigen erhellt, die Revisionsgründe des französischen Rechtes rezipiert, jedoch dieselben bedeutend erweitert, und läßt die Revision nicht nur zum Zwecke der Herbeiführung eines Freispruches, sondern auch zum Zwecke der Anwendung einer milderen Strafe zu.

Die Revision ist, wie im französischen Recht, nur zugunsten des Verurteilten zulässig.

III. Germanische Gruppe.

Zu denjenigen Gesetzgebungen, welche sich an das deutsche Recht angeschlossen, gehören außer der österreichischen Strafprozeßordnung vom 1. Mai 1873 und der deutschen Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877, die Strafprozeßordnung für Norwegen vom 1. Juli 1887 und die ungarische Strafprozeßordnung vom 4. Dezember 1896. Ebenso wie die österreichische und die deutsche Strafprozeßordnung, deren Bestimmungen wir als allgemein bekannt hier nicht wiedergeben, kennt auch die norwegische die Wiederaufnahme des Strafverfahrens sowohl zugunsten wie zum Nachteile des Angeklagten (Schuldig resp. Frei-Gesprochenen). Ausgeschlossen ist jedoch die Revision gegen Urteile, welche vom Obersten Gerichtshofe gefällt worden sind und zwar aus dem Grunde, weil nach der norwegischen Konstitution die Urteile des Obersten Gerichtshofes keiner Anfechtung unterliegen.²⁾

Das Revisionsbegehren kann begründet werden ebenso wie in der deutschen Strafprozeßordnung entweder mit dem Nachweis der

²⁾ Vgl. Sagerup in dieser Zeitschrift IX. S. 130.

Falschheit früherer Beweise (ob falsa), oder mit der Anführung neuer entscheidender Tatumstände und Beweise (ob nova).

Über den Antrag um Wiederaufnahme entscheidet dasselbe Gericht, welches das frühere Urteil gefällt hat, ohne mündliche Verhandlung.

Vor Erledigung des Antrages kann eine Untersuchung eingeleitet werden, während welcher Zeugen unter Eid abgehört werden können. Sodann ist, wenn die Bedingungen der Wiederaufnahme des Strafverfahrens vorliegen, eine neue Hauptverhandlung anzuordnen. Wenn der Verurteilte verstorben ist, hat der Gerichtshof ohne mündliche Verhandlung entweder den Wiederaufnahmeantrag abzulehnen oder ein freisprechendes Urteil zu fällen.

Dem unschuldig Verurteilten gebührt eine Entschädigung aus der Staatskasse jedoch nur dann, wenn der Freispruch erst nach verhängter Strafe gefällt wurde.

Am liberalsten, am weitgehendsten im Interesse des Angeklagten ist die ungarische Strafprozeßordnung vom 4. Dezember 1896. Sie bestimmt im Kapitel XXI (§§ 444—462) über die Wiederaufnahme folgendes:

§ 446. Die Wiederaufnahme eines mit Urteil beendeten strafrechtlichen Verfahrens zugunsten des Verurteilten ist nur, nachdem das Urteil in Rechtskraft erwachsen ist, und im Falle des Obwaltens irgend eines der nachfolgenden Bedingungen zulässig:

1. wenn gegen den Verurteilten im Grundprozeße als Beweis eine falsche oder gefälschte Urkunde als echt benutzt, oder eine falsche Zeugenschaft abgelegt, oder ein falsches sachmännisches Gutachten abgegeben worden ist, und diese Beweismittel von Einfluß auf das Urteil sein konnten;
2. wenn ein Mitglied des erkennenden Gerichtes oder der Untersuchungsrichter, beziehungsweise ein an der Beschlußfassung des Schwurgerichtes teilnehmender Geschworener bestochen war, oder wenn einer derselben bezüglich des Verfahrens eine unter das Strafgesetz fallende andere Verletzung seiner Amtspflicht begangen hat und es nicht ausgeschlossen ist, daß diese strafbaren Handlungen von Einfluß auf das Urteil waren;
3. wenn der Antragsteller eine solche neue Tatsache oder ein solches neues Beweismittel vorbringt, welche (welches), entweder an sich selbst oder in Verbindung mit den im Laufe des Verfahrens vorgebrachten die Nichtschuld des Verurteilten,

oder die Schuld desselben an einer unter die mildere Verfügung der Strafgesetze fallenden strafbaren Handlung wahrscheinlich macht;

4. wenn bezüglich einer und derselben strafbaren Handlung mehrere Urteile gefällt wurden und aus der Vergleichung dieser Urteile und der die Grundlage derselben bildenden Thatfachen es offenbar ist, daß dieselbe Person wiederholt verurteilt wurde, oder daß ein oder mehrere Angeklagte unschuldig beziehungsweise einer solchen strafbaren Handlung schuldig sind, welche unter eine mildere Verfügung der Strafgesetze fällt, als jene, wegen welcher sie verurteilt wurden.

§ 447. Unter den im § 446 bestimmten Bedingungen können die Wiederaufnahme beantragen:

1. der Verurteilte auch nach Abbüßung der Strafe;
2. sowohl bei Lebzeiten, als auch nach dem Ableben des Verurteilten, der Ehegenosse, der gesetzliche Vertreter oder Verteidiger desselben;
3. nach dem Ableben des Verurteilten seine Verwandten in auf- und absteigender Linie;
4. der auf Grund des § 448 letzter Absatz von Amtswegen bestellte besondere Verteidiger.

§ 448. Wenn das Gericht, die königl. Staatsanwaltschaft, oder eine andere Behörde Kenntnis von einem Umstande erlangt, aufgrund dessen eine Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten beantragt werden konnte, ist dasselbe (dieselbe) verpflichtet, hiervon jenes Gericht I. Inst. zu verständigen, welches in dem Hauptprozeß geurteilt hat, letzteres aber ist verpflichtet, den Verurteilten, beziehungsweise im Falle des mittlerweile erfolgten Ablebens, oder der Nichtauffindbarkeit desselben, den Ehegenossen oder den gesetzlichen Vertreter und den gewesenen Verteidiger desselben zu verständigen.

Insofern innerhalb 14 Tagen von der Verständigung gerechnet, keiner der Beteiligten wegen Anordnung der Wiederaufnahme einen Antrag eingebracht hat, oder wenn die Dringlichkeit es erfordert, bestellt das Gericht auch früher sofort einen Verteidiger, der in betreff der Anordnung der Wiederaufnahme binnen der kürzesten Zeit einen Antrag zu stellen verpflichtet ist.

§ 449. Zum Nachtheile des Freigesprochenen, beziehungsweise des Verurtheilten kann die Wiederaufnahme des Verfahrens ausschließlich über Antrag der königl. Staatsanwaltschaft oder des Privathauptklägers nach eingetretener Rechtskraft des Urtheiles und im Falle des Obwaltens einer der folgenden weiteren Bedingungen gestattet werden, insofern die zur Geltung zu bringen gewünschte Strafbarkeit der strafbaren Handlung, welche den Gegenstand des Urtheiles gebildet hat, noch nicht verjährt ist;

1. wenn zugunsten des Freigesprochenen oder des Verurtheilten in dem Hauptprozeß eine falsche oder gefälschte Urkunde als echt benutzt, oder eine falsche Zeugnishaft abgelegt, oder ein falsches fachmännisches Gutachten abgegeben worden ist, und dieses Beweismittel von Einfluß auf das Urtheil sein konnte;
2. wenn ein Mitglied des erkennenden Gerichtes, oder der Untersuchungsrichter, beziehungsweise ein Geschworener bestochen worden ist, oder wenn einer von ihnen eine unter die Strafgesetze fallende andere solche Verletzung irgend einer seiner Amtspflichten begangen hat, von welcher vorausgesetzt werden kann, daß sie von Einfluß auf das für den Angeklagten günstige Urtheil war;
3. wenn die königl. Staatsanwaltschaft eine neue Tatsache oder ein Beweismittel vorbringt, welche (welches) in sich selbst, oder in Verbindung mit dem im Laufe des früheren Verfahrens Vorgebrachten die Verurteilung des Freigesprochenen, oder die Schuld des Verurtheilten an einer unter die schwere Bestimmung der Strafgesetze fallenden strafbaren Handlung wahrscheinlich macht."

Das Gericht erster Instanz hat den Antrag auf Wiederaufnahme zu prüfen, die Aufnahme der neuen Beweise zu veranlassen und hat sodann, wenn das Ergebnis der Beweisführung für den Revisionswerber negativ ausfällt und als gänzlich vereitelt anzusehen ist, den Antrag abzulehnen, sonst aber eine öffentliche mündliche Verhandlung festzusetzen, zu welcher es den die Wiederaufnahme Beantragenden und seinen Gegner vorladet.

Die Verhandlung eröffnet der Präsident mit der kurzen Bezeichnung der Angelegenheit.

Diesem folgt der dem Rahmen der Wiederaufnahme angepaßte Vortrag des Referenten. Sodan macht der die Wiederaufnahme

Beantragende mündliche Vorstellung. Hierauf kann die Gegenpartei antworten.

Das Gericht beschließt in betreff der Anordnung oder Abweisung der Wiederaufnahme nach Anhörung der Parteien in geschlossener Sitzung und verkündet seinen Bescheid sofort, spätestens binnen drei Tagen.

Die Wiederaufnahme ist zu verweigern, wenn ein entsprechendes Beweismittel die Wahrheit der in dem Antrage vorgebrachten Tatsache nicht unterstützt, oder wenn die Bedingungen der Wiederaufnahme (§§ 446, 449, 450, 451) nicht vorhanden sind.

Im entgegengesetzten Falle ist die Wiederaufnahme anzuordnen.

In dem der Wiederaufnahme stattgebenden Bescheide ist in der Regel auch die Hauptverhandlung anzuordnen.

Sollte der Verurteilte verstorben sein, so hat das Gericht ohne Hauptverhandlung in der Sache zu entscheiden.

In der neuen Hauptverhandlung ist, wenn diese nicht vor einem Schwurgerichte abzuhalten ist, nur der Beweis aufzunehmen, welcher als Grundlage des Antrages auf Wiederaufnahme und des angefochtenen Teiles des Urteiles dient.

Derjenige Richter, welcher an der früheren Erledigung der Angelegenheit teilgenommen hat, ist bei der Bildung des in der Frage der Zulässigkeit der Wiederaufnahme beschließenden und in der neuen Hauptverhandlung erkennenden Senates nach Möglichkeit außer Acht zu lassen.

Aufgrund des Ergebnisses der Hauptverhandlung hält das Gericht das frühere Urteil in seiner Kraft aufrecht, oder setzt es zur Gänze beziehungsweise zum Teile außer Kraft und fällt ein neues Urteil.

Mit diesem Urteile kann die Unterbrechung beziehungsweise Aussetzung der im Hauptprozesse festgestellten Strafe bis zur rechtskräftigen Beendigung des Wiederaufnahmeverfahrens nur dann angeordnet werden, wenn das Gericht das frühere Urteil außer Kraft gesetzt hat.

Im Falle der zugunsten des Verurteilten angeordneten Wiederaufnahme kann eine schwerere Strafe als die im früheren Urteile festgesetzte nicht bemessen werden.

Die ausgestandene Strafe ist in die neu bemessende Freiheits- oder Geldstrafe verhältnismäßig einzurechnen.

Auch im Falle der zum Nachteile des Freigesprochenen oder Verurteilten angeordneten Wiederaufnahme kann gemäß des Ergebnisses der Hauptverhandlung ein freisprechendes oder eine mildere Strafe feststellendes Urteil gefällt werden.

Auf eine Entschädigung hat Anspruch nicht nur derjenige, welcher zu Folge Wiederaufnahme freigesprochen worden ist, sondern auch derjenige, welcher eine Untersuchungshaft ausgestanden hat, aber rechtskräftig freigesprochen worden ist (auch dann, wenn das Verfahren rechtskräftig eingestellt worden ist).

Insbefondere gebührt im Falle der Wiederaufnahme eine Entschädigung nicht nur dann, wenn der Verurteilte zu Folge Wiederaufnahme mit rechtskräftigem Urteile freigesprochen worden ist, sondern auch dann, wenn zu Folge der Wiederaufnahme eine geringere Strafe wider ihn festgestellt worden ist, als welche er auf Grund des außer Wirksamkeit gesetzten Urteiles verbüßt hat.

Bezüglich der germanischen Gruppe wäre hier noch folgendes zu erwähnen.

Im geltenden dänischen und schwedischen Recht existieren keine Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens. In der Praxis kann die Revision eines rechtskräftigen Urteiles nur aufgrund spezieller königlicher Resolution bewilligt und durchgeführt werden.

Der derzeit dem dänischen Reichstag vorgelegte Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung enthält im Kap. 91 § 1023 bis 1024 Bestimmungen, welche dem norwegischen Gesetz nachgebildet sind und in den Hauptfragen mit diesem übereinstimmen, gehört also zur germanischen Gruppe.

Wenn wir nun die oben zusammengestellten gegenwärtig in Geltung befindlichen europäischen Gesetze über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens überblicken, so muß uns die offenbar in der Gesetzgebung der Gegenwart vorherrschende Tendenz der Erleichterung der Wiederaufnahme des Strafverfahrens zugunsten des Verurteilten frappieren.

Die früheren engen Revisionsgründe werden immer mehr ausgedehnt, die Rahmen der Revision immer mehr erweitert.

Die einzelnen Revisionsgründe der verschiedenen Gesetze werden einander immer ähnlicher, sie gleichen einander immer mehr, so daß sich schon gegenwärtig das Rechtsmittel der Revision und die

Revisionsgründe zu einem einheitlichen Institut in der europäischen Strafgesetzgebung der Gegenwart herausgebildet hat.

Die Revision wird weiter in den meisten Gesetzen nicht nur zum Zwecke des Freispruches eines unschuldig Verurteilten, sondern auch behufs Herbeiführung eines gelinderen Straffatzes zugelassen.

Es brechen sich aber ferner noch zwei Grundsätze Bahn, die wir stets befürwortet haben,³⁾ daß nämlich über die Zulassung der Wiederaufnahme nicht dasselbe Gericht entscheiden soll, welches das frühere zu revidierende Urteil erlassen hat, sondern eine andere, eventuell höhere Instanz, sowie daß die definitive Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag nur nach durchgeführter mündlicher kontradiktorischer Verhandlung erfolgen soll, denn nur unter diesen Voraussetzungen kann die durch das Gesetz gewollte Erleichterung der Revision sich auch in der Praxis bewähren.

Auch diejenigen Gesetzgebungen, welche bis nun die beiden letzteren Grundsätze nicht annehmen wollten, werden sich nicht länger der Überzeugung verschließen können, daß eine Revision, über deren Zulässigkeit dieselbe Instanz, welche das Fehlurteil erlassen hat, und obendrein ohne mündliche kontradiktorische Verhandlung zu entscheiden hat, wertlos ist.

Hoffen wir, daß sich die so ausgestattete und erleichterte Revision vor einer unbefangenen Instanz und mit mündlicher kontradiktorischer Verhandlung bewähren und erheblich dazu beitragen werde, die in der letzten Zeit leider so häufigen Justizirrtümer gutzumachen, die Wahrheit zu fördern und der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

³⁾ Vgl. die Abhandlung des Verfassers „res indicata und Justizirrtum“ in dieser Zeitschrift B. XXIII.